

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauschaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gelbte Kolonellselle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M., Familiennachrichten, die 7 gelbte Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonellselle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Volkankalten entgegen.

Ernstste Lage.

Bedrohung der Neutralität. — Annahme des Entwaffnungsgesetzes.

Berlin, 5. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Bei der Beratung über das Entwaffnungsgesetz gab der Minister des Auswärtigen, Simons, eine aufsehenerregende, höchst bedeutende Erklärung über die außenpolitische Lage ab. Er bekräftigte im Interesse der auswärtigen Politik die Annahme des Gesetzes und fuhr dann fort: „Nach der Annahme des Gesetzes wird der Reichskommissar vor eine außerordentlich schwierige und gefährliche Aufgabe gestellt sein. Er wird sie nur erfüllen können, wenn er sich leiten läßt von dem Geiste der unbedingten Parität und wenn er Rücksicht nimmt auf die innere und äußere Lage des Reiches. Wir müssen unsere Machtmittel bis zu einem bestimmten Termin zu einer gewissen geringfügigen Höhe herabgesetzt haben. Nun haben wir im Osten den Krieg, die fortgesetzte Drohung des Uebertritts kämpfender Truppen. Wir müssen sie entwaffnen. Aber Macht, über die wir verfügen, bedürfen wir im Osten. Wir haben ferner eine große Gefahr im entgegengesetzten Gebiet des Reiches. Ich will nicht sagen, daß die Entente beabsichtigt, aber sie hat ein großes Interesse daran, durch Deutschland hindurch nach Polen zu gelangen. Wenn es sich bewahrheitet, daß bereits im besetzten Gebiet Vorbereitungen getroffen werden zur Ueberleitung größerer Entente-Truppen nach dem Kriegszustand, dann ist damit eine schwere Verletzung der deutschen Neutralität gegeben. Besetztes Gebiet, oder unbesetztes Gebiet, das Gebiet bleibt deutsch! (Sehr richtig!) Die deutsche Regierung wird die Machtmittel, die sie hat, unbedingt gebrauchen, um die Stellung ihrer ehrlichen Neutralität durchzuführen. (Sehr richtig!) Ich habe gestern mit dem französischen Geschäftsträger eine sehr ernsthafte Unterredung gehabt über die Flaggfrage. Sie ist bis jetzt noch nicht erledigt. Ich bitte Sie, alles zu vermeiden, was die Situation irgendwie verschärfen könnte.“ (Beifall.)

In den Kreisen unserer Fraktion wird die politische Lage infolge dieser Erklärung als so ernst angesehen, daß infolge der Bedrohung der Neutralität ein Auseinandergehen des Reichstages nicht verantwortet werden kann. Die Fraktion legt deshalb Protest gegen die Beratung des Reichstages ein. Der Senatoren-Konvent wird in einer Sitzung um 1 Uhr sich mit der Frage der eventuellen Weitertragung des Reichstages beschäftigen. Alles wird dabei vor den Erklärungen des Ministers Simons, die er vor dem Ausschuss abgeben wird, abhängen.

Das Entwaffnungsgesetz selbst ist mit allen Stimmen des Reichstages gegen unsere Stimmen und wenige der Deutschnationalen angenommen worden. Die politische Lage muß als höchst ernst gelten. Welche Machtmittel der Minister hat andeuten wollen, ist noch nicht ganz klar. Man vermutet in politischen Kreisen, daß es sich lediglich um einen Streik der Eisenbahner handeln kann, die sich weigern werden, Truppentransporte durch Deutschland hindurchzuführen.

Der Protest der Berliner Arbeiterschaft gegen das Entwaffnungsgesetz.

Berlin, 5. August. Die gestrige Rundgebung der Berliner Arbeiter gegen das neue Justizhausgesetz verlief imposant. Der Aufzug war mit einer riesigen Menschenmasse gefüllt. Eine große Anzahl Redner sprach und fand begeisterte Zustimmung.

Die Londoner Friedenskonferenz aufgegeben!

London, 4. August. Die englische Regierung hat der bolschewistischen Regierung mitgeteilt, angesichts der Tatsache, daß Rußland mit Polen nicht allein Waffenstillstands-, sondern auch Friedensverhandlungen einzuleiten verlange, müsse der Plan einer Londoner Konferenz aufgegeben werden.

Daily Telegraph schreibt: Wenn innerhalb einiger Tage Moskau Polen gegenüber seine Haltung nicht ändert, werden Kamenev, Krassin und ihre Begleiter erjagt werden, England zu verlassen. Bisher war eine Antwort Moskaus auf die letzte englische Note nicht eingegangen. Die englische Regierung hat die Aufmerksamkeit der Sowjetregierung auf diese Verzögerung gelenkt, die um so bedauerlicher sei, als eine Klärung der Lage bezüglich des Waffenstillstandes mit Polen erwünscht sei.

Englische Treibereien gegen Rußland.

Berlin, 5. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, bedeutet in den verantwortlichen politischen Kreisen die Aufhebung der geplanten Londoner Konferenz keine allzu große Ueberraschung. Man

hat mit großem Mißtrauen dem englischen Plan gegenübergestanden, und es kann nicht geseugnet werden, daß auch die eingeweihten politischen Kreise in Deutschland sich darüber klar waren, daß der Sinn der englischen Verhandlungen mit Rußland letzten Endes darin beruhte, das Odium des antibolschewistischen Angriffskrieges von Polen zu nehmen und auf Rußland den Schein eines imperialistischen Vorgehens zu werfen. Diese Stellung war insbesondere wegen der englischen Arbeiterkraft notwendig. Die neue Situation bedeutet infolgedessen eine Verschärfung der Lage, also man jetzt ernsthaft mit der Möglichkeit der Bildung der Sowjetregierung in Warschau rechnen muß. Man glaubt hier, daß die russische Regierung mit ziemlicher Sicherheit einen innerpolitischen Umschwung in Polen erwartet und nach der Eroberung Warschaws mit Hilfe einer neu orientierten polnischen Regierung die Neuordnung der Dinge im Osten vorzunehmen gedenkt. Bezeichnend für die Haltung Englands ist wieder einmal das Auftreten des in Berlin weilenden englischen Generals Malcolm, der bereits während des Rapp-Butsches sich als einer der größten Bolschewistenkrieger und Unterstücker der reaktionären und konterrevolutionären Bestrebungen des Herrn Rapp gezeigt hat. Es muß als unbedingt feststehend gelten, daß General Malcolm in letzter Zeit wieder eifrige Konspirationen zur Errichtung einer deutschen antibolschewistischen Organisation auch mit deutschen militärischen Stellen gepflogen hat. Es scheint, daß im Auswärtigen Amt diese höchst bedenklichen Treibereien des englischen Generals unbekannt sind, und es ist zu fordern, daß der Minister des Auswärtigen diesen Treibereien schleunigst ein Ende bereitet wird.

Die bedrohte Neutralität.

Berlin, 5. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts meldet aus Frankfurt a. M.: Das Eisenbahn-Vetriebsamt des Eisenbahndirektionsbezirks Frankfurt a. M. hat auf Verlangen des Deutschen Eisenbahnerverbandes Kontrollkommissionen aus Eisenbahnern in allen Direktionen gebildet, die genau darauf achten, daß nur die nach dem Friedensvertrage unbedingt erlaubten Truppentransporte Deutschland passieren dürfen.

Nach Luxemburger Blättermeldungen ist dem dort liegenden französischen Jägerbataillon befohlen worden, sich zum Transport nach Polen bereit zu halten.

Italien hat Deutschland offiziell ersucht, den Heimtransport des italienischen Bataillons aus Ostpreußen am 9. August vorzubereiten.

Waffenschiedungen zugunsten Polens.

Beuthen, 4. August. (Zit.) Vor Wochen traten drei Personen an Mannschaften des Fliegerhorstes Beleg mit dem Ersuchen heran, ihnen bei dem Erwerb von Personenautos und Maschinenwaffen, die in großen Mengen in dem Fliegerhorst zur Ablieferung an die Entente lagern, für die Polen beihilflich zu sein. Dafür boten sie horrenden Summen an. Man ging auf den Handel ein. Am Freitag erschienen die Käufer aus Breslau und zahlten für ein Personenauto, einen Lastkraftwagen und 20 Maschinenwaffen einen Schein in Höhe von 20 000 M., und für die Vermittler 10 000 M. in Bar. Beim Verlassen des Lagers wurde die Ladung angehalten, untersucht und beschlagnahmt. Die drei Käufer, der Kaufmann Georg Ohschlag aus Gleiwitz, Subdirektor Joseph Tischbier aus Gleiwitz und der Kaufmann Emil Gantner aus Beuthen wurden verhaftet. Es liegen bestimmte Anzeichen dafür vor, daß die Verhafteten mit der polnischen Heeresverwaltung in Verbindung stehen und zum Ankauf von deutschem Heeresgerät große Summen erhalten haben.

Berlin, 5. August. Auf dem Anhalter Bahnhof und auf dem Ostbahnhof in Berlin sind von Eisenbahnern Waffen und Ausrüstungsgegenstände gefunden worden, die für Polen bestimmt waren. Sie sind beschlagnahmt worden. Das Heeresgerät war als harmloses Frachtgut deklariert.

Berlin, 5. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der Passauer Straße in Berlin wurden gestern nachmittags in der Wohnung einer Polin größere Mengen Waffen entdeckt. Die Sicherheitspolizei beschlagnahmte diese Waffen, und es wurde festgestellt, daß es sich dabei um eine Verschlebung von Waffen der Sicherheitspolizei handelt. Eine größere Menge kleine Maschinenwaffen, die aus den ehemaligen Beständen der Neufürst-Enwohnerwehr stammten, waren von Mitglieðern der 7. Sondereinheit der Sicherheitspolizei in Neudöln entwendet worden, um sie nach Polen zu verschleben. Die Angelegenheit ist noch nicht aufgeklärt, sie zeigt aber schon heute das Sinnlose des Entwaffnungsgesetzes, das nur dazu führen wird, daß die Sicherheitspolizei und die Reichswehr nunmehr in noch größerem Umfang als bisher die Möglichkeit erhalten, Waffenmengen dem konterrevolutionären und reaktionären Parteien und Ländern in die Hand zu spielen.

Die Ostprobleme.

Solange die militärischen Operationen im Osten noch unentschieden oder zum mindesten in ihrer Entscheidung nicht sicher waren, nahmen sie fast ausschließlich das Interesse Europas und eines großen Teiles der übrigen Welt gefangen, während die politischen Konsequenzen noch wenig Beachtung fanden. Heute können die militärischen Entscheidungen als gefallen gelten. Das Wunder, die zerklüftete polnische Armee, die völlig zerfallene polnische Front, neu zu organisieren und zu energischem Widerstand auszurüsten, dürfte selbst Herrn Foch nicht gelingen. So treten nunmehr die politischen Konsequenzen in den Vordergrund. Sie sind so eindeutig und klar, daß alle die, die sie aus Kurzsichtigkeit oder Böswilligkeit bisher geseugnet und zu ignorieren versucht haben, sich jetzt zu ihnen bekennen müssen. Solange die Sowjettruppen nicht an der ostpreussischen Grenze standen und somit eine praktische Erprobung der politischen Situation nicht möglich war, hat die gesamte bürgerliche Presse, unterstützt von einem großen Teil der rechtssozialistischen Blätter, die „bolschewistische Gefahr“ für ihre parteipolitischen Zwecke nutzbar gemacht. Wochen, Monate und Jahre hindurch hat das Geschrei über bolschewistische Greuel und über den bolschewistischen Schrecken der Deutschsland überflutet wird, die gesamte Presse erfüllt; nunmehr, da die politische Situation, die man ständig wehklagend an die Wand gemalt hat, eingetreten ist, bricht das parteipolitische Wülgewebe zusammen. Man kann das nicht anders als ekelregend bezeichnen, wenn man sieht, wie heute von den alldeutschen Organen, von der Deutschen Zeitung bis zur Deutschen Tageszeitung, sowie der gesamten übrigen bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse der unterdrückte Hoffnungsstachel auf den russischen Sieg hervorbricht, wie dieses Geschmeiß, das noch eben mit heftigen Stichen die Sowjetregierung umflog, jetzt kriechend vor der siegreichen Macht der roten Armee am Boden liegt, von ihr die Vernichtung des polnischen Reiches, die Vernichtung des Versailles Friedensvertrages, ja die Revanche an den ehemaligen Feinden erhofft. Leitartikel auf Leitartikel widmet Herr Reventlow in der Deutschen Tageszeitung dieser Hoffnung. In dem Blatte, das noch kurz vor Spa eine Millionenarmee zur Verteidigung der ostpreussischen Grenze verlangte zum Schutz gegen die Bolschewistenhorde, schreibt Graf Reventlow jetzt am Abend des 3. August über die an der ostpreussischen Grenze liegende Reichswehr: „Sollten jetzt Unbesonnenheiten auf deutscher Seite Uebertritte russischer Truppen auf preussisches Gebiet zur Folge haben, so würde die Wirkung in jeder Hinsicht ungünstig und höchst gefährlich sein.“ Die Arbeiterkassette hat keine Ursache, dieser widerwärtigen Konjunkturpolitik der gesamten bürgerlichen Parteien auch nur einen Augenblick ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Nichts als bedeutungsloses Geschwätz ist es, was heute von dieser Seite über die russische Frage geredet wird.

Aber die politischen Probleme selbst bedürfen eingehender und ernster Erwägung. Kommt es zum Frieden zwischen Polen und Rußland oder mißlingt der Friedensschluß? Die Wahrscheinlichkeit für die erste Möglichkeit ist nicht groß. Ueber die Bereitschaft Polens zum Frieden entscheidet letzten Endes die Entente, oder noch genauer: England. Hier aber sind die verschiedensten Interessen und politischen Kräfte am Werke, die ein variables, sich fast täglich änderndes Kräftepiel, aber kein einheitliches politisches Streben ergeben. Ob es Herrn Curdill gelingen wird, die englische Politik in die Bahn zu lenken, die Deutschland als bolschewistischen Grenzwall wieder aufleben und erstarben läßt, ob Lloyd George ernsthaft ein großes wirtschaftliches Geschäft mit Rußland zu machen gedenkt, um Deutschland zuvorzukommen, oder ob er nicht klüger als Churchill lediglich auf die Gelegenheit wartet, die Stimmung der Völker, vor allem der englischen Arbeiterschaft, gegen die russische Sowjetrepublik dadurch einzunehmen, daß er diese in das falsche Licht imperialistischer Tendenzen setzt, ob nicht das ganze englische Friedensmanöver überhaupt nur dem Zwecke dient, von den Polen vor der Welt das Odium des Angriffskrieges zu nehmen und Sowjetrußland den Makel eines Annexionskrieges anzuhängen, — das alles wird letzten Endes von innerpolitischen Kämpfen in England und von der Haltung der englischen Arbeiterschaft abhängen. Die politische Bedeutung der englischen Arbeiterschaft ist im Augenblick so wenig zu verkennen wie die politische Bedeutung des deutschen Proletariats. Sie beide haben die Entscheidung über